Deutscher Bundestag
4. Wahlperiode

Drucksache IV/3191

Mündliche Anfragen

gemäß § 111 der Geschäftsordnung (Fragestunde) für die
173. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Donnerstag, dem 18. März 1965
174. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Freitag, dem 19. März 1965

I. Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

Abgeordneter **Kahn-Ackermann**

Welche Schritte hat die Bundesregierung unternommen, damit solche das deutsch-österreichische Verhältnis belastende Äußerungen, wie sie in dem dem österreichischen Bundespräsidenten Dr. Adolf Schärf gewidmeten Nachruf im Bulletin vom 3. März 1965 veröffentlicht worden sind, künftig in regierungsamtlichen Verlautbarungen unterbleiben?

II. Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

Abgeordneter **Dr. Schneider (Saarbrücken)** *)

Aus welchen Rechtsgründen hat die Bundesregierung die Nichtanwendung der in Artikel 59 des Grundgesetzes vorgeschriebenen Verfahrensnormen für den Abschluß internationaler Abmachungen im Falle der Waffenlieferungen an Israel für zulässig erachtet?

III. Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

III. 1. Abgeordneter **Dr. Kohut**

Ist die Bundesregierung bereit, im Interesse der sachlichen Unterrichtung der deutschen Jugend über die Thematik der Verjährungsfrist die wichtigsten Beiträge aus der Bundestagsdebatte vom 10. März 1965 in Form einer Broschüre allen Schulen in der Bundesrepublik zur Verfügung zu stellen?

III. 2. Abgeordnete **Frau Meermann**

Beabsichtigt die Bundesregierung, die Sozialklausel im neuen Mietrecht zu ändern?

---

*) *Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

Druck: Buchdruckerei Peter Meier, 5201 Buisdorf/Siegburg
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg, Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51

IV. Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

IV. 1. Abgeordneter **Dr. Müller-Emmert**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß Unkrautbekämpfungsmittel im Handel sind, die hochexplosiv werden, wenn sie mit anderen Substanzen gemischt werden?

IV. 2. Abgeordneter **Dr. Müller-Emmert**

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die in Frage IV/1 aufgezeigten Gefahren, die für die Bevölkerung entstehen, zu verhüten?

V. Geschäftsbereich des Bundesministers für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung

Abgeordneter **Jacobi (Köln)**

Hält es die Bundesregierung mit den Grundsätzen der Gewaltenteilung und der damit verbundenen Unabhängigkeit der Rechtsprechung für vereinbar, wenn der Sprecher eines Bundesministeriums öffentlich Kritik an Gerichtsurteilen übt und auf die Auslegung von Gesetzen gegenüber den Gerichten einzuwirken versucht, wie dies in der Bundespressekonferenz vom 3. März 1965 durch den Ministerialdirigenten Dr. Hans-Günther Pergande geschehen ist?

VI. Geschäftsbereich des Bundesministers für wissenschaftliche Forschung

Abgeordneter **Dr. Martin**

Ist die Bundesregierung der Ansicht, daß auch in der Bundesrepublik Deutschland Stipendien und Spenden von privater Seite sowie Stiftungen einen wesentlichen Beitrag zur Forschungs- und Ausbildungsförderung leisten können?

VII. Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

VII. 1. Abgeordneter **Sänger**

Hält die Bundesregierung es nach dem Grundgesetz und im Blick auf das sogenannte Fernsehurteil des Bundesverfassungsgerichts für zulässig, Institutionen der Nachrichtengebung und der Meinungsbildung in Staatshand zu überführen?

VII. 2. Abgeordneter **Sänger *)**

Welche Organe der rechtsradikalen Presse lagen der Statistik zugrunde, die für den Bericht des Bundesinnenministers im Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 38 vom 4. März 1965 verwendet wurde, der unter der Überschrift „Rechtsradikaler Ungeist klingt ab" stand?

**) Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

VII. 3. Abgeordneter **Schmitt-Vockenhausen**

In welchem Umfange werden für die Erfüllung von Aufgaben des Bundes elektronische Datenverarbeitungsanlagen eingesetzt?

VII. 4. Abgeordneter **Schmitt-Vockenhausen**

Hat die Bundesregierung sichergestellt, daß gegebenenfalls eine ausreichende Anzahl von Bediensteten der Bundesbehörden mit den Möglichkeiten des Einsatzes elektronischer Datenverarbeitungsanlagen zur Vereinfachung und Verbesserung von Verwaltungsaufgaben vertraut sind, sodaß die Anlagen auch wirtschaftlich eingesetzt werden können?

VII. 5. Abgeordneter **Dröscher**

Beabsichtigt die Bundesregierung, die den Gemeinden entstehenden einmaligen und laufenden Kosten für die Fernmeldeeinrichtungen des LS-Warndienstes zu erstatten, nachdem diese, insbesondere für die bescheidenen Finanzverhältnisse der kleinen Landgemeinden, ein beträchtliches Ausmaß erreichen?

VIII. Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

VIII. 1. Abgeordneter **Dr. Schneider (Saarbrücken)** *)

Aus welchen Rechtsgründen hat die Bundesregierung davon abgesehen, die in Artikel 45 b und 47 der Reichshaushaltsordnung vorgeschriebene Zustimmung des Parlaments zu den Waffenlieferungen für Israel einzuholen, also das Gesetz zu verletzen?

VIII. 2. Abgeordneter **Schmitt-Vockenhausen**

Teilt der Bundesfinanzminister meine Auffassung, daß die von der berufstätigen Ehefrau für das Studium ihres Ehemannes aufgewendeten Kosten als außergewöhnliche Belastungen anzuerkennen sind, und zwar auch in den Fällen, in denen das Studium auf einer bereits abgeschlossenen Berufsausbildung aufbaut?

VIII. 3. Abgeordneter **Baier (Mosbach)**

Sind die Ausführungen des Bundes der Steuerzahler laut dpa vom 10. März 1965 richtig, wonach zwei Drittel der Vollziehungsbeamten der Finanzämter ausschließlich hinter Autofahrern herliefen, um zwangsweise die Kraftfahrzeugsteuer einzutreiben, und 3500 Beamte in der Bundesrepublik eingespart werden könnten, wenn die Kraftfahrzeugsteuer umgeformt würde?

VIII. 4. Abgeordneter **Josten**

Entspricht die Mitteilung der Deutschen Presseagentur den Tatsachen, daß zwei Drittel der Vollziehungsbeamten der Finanzämter ausschließlich mit der zwangsweisen Eintreibung der Kraftfahrzeugsteuer beschäftigt sind?

*) *Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

VIII.	5. Abgeordneter **Josten**	Stimmt die Mitteilung des Bundes Deutscher Steuerbeamten, daß durch eine Umformung der Kraftfahrzeugsteuer fast 3500 Beamte eingespart werden könnten?
VIII.	6. Abgeordneter **Josten**	Hat die Bundesregierung einen Plan zur Umformung bzw. Vereinfachung der Erhebung der Kraftfahrzeugsteuer?
VIII.	7. Abgeordneter **Dr. Martin**	Ist die Bundesregierung bereit, entsprechend den Empfehlungen, die der Stifterverband für die deutsche Wissenschaft am 25. Januar 1965 dem Bundesfinanzminister unterbreitet hat, durch die Beseitigung steuerrechtlicher Hindernisse einen Anreiz für vermehrte private Spendentätigkeit zu geben und so die Wissenschaftsförderung aus privaten Mitteln zu verstärken?
VIII.	8. Abgeordnete **Frau Strobel**	Bis wann ist nach Ansicht der Bundesregierung mit dem Wegfall der Zölle auf Klein-Importe (Kleinsendungen und Waren im Reisegepäck) innerhalb der EWG entsprechend den Vorschlägen der EWG-Kommission zu rechnen?
VIII.	9. Abgeordneter **Seibert**	Welche Steuerausfälle entstehen jährlich für Bund und Länder durch die steuerliche Förderung des Berufsverkehrs mit privaten Personenkraftwagen?
VIII.	10. Abgeordneter **Seibert**	Zu welchem Zeitpunkt und aus welchen Überlegungen heraus wurde die in Frage VIII/9 genannte Regelung eingeführt?

IX. Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

IX.	1. Abgeordneter **Kurlbaum**	Mit welchen Anteilen werden die gasverteilenden Gesellschaften an der Deutschen Gesellschaft für Gastransport beteiligt sein?
IX.	2. Abgeordneter **Kurlbaum**	Wie werden an der Deutschen Gesellschaft für Gastransport nicht beteiligte Unternehmen bezüglich ihres Rechtes auf Mitbenutzung der Erdgassammelschiene gestellt sein?
IX.	3. Abgeordneter **Kurlbaum**	Hat die Bundesregierung versucht, dem Bund einen angemessenen Einfluß auf die Deutsche Gesellschaft für Gastransport zur Wahrung der Belange unserer Gesamtwirtschaft zu sichern?

X. Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

X. 1. Abgeordneter **Fritsch**

Welche Konsequenzen ergeben sich aus dem Urteil des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts vom 8. März 1965, das besagt, daß § 65 Abs. 2 AVAVG in der Fassung vom 1. April 1957 in Hinsicht auf den bisherigen Ausschluß von Familienangehörigen von Arbeitgebern aus der Versicherungspflicht zur Arbeitslosenversicherung mit Artikel 3 GG nicht übereinstimmt?

X. 2. Abgeordneter **Matthöfer**

Welche Ergebnisse hatten die Ermittlungen der Bundesregierung über das Bestehen privater Betriebsgerichte oder ähnlicher Einrichtungen?

X. 3. Abgeordneter **Matthöfer**

Ahnden die privaten Betriebsgerichte auch gesetzlich strafbare Handlungen?

X. 4. Abgeordneter **Matthöfer**

Ist die Ahndung gesetzlich strafbarer Handlungen durch private Betriebsgerichte nach Meinung der Bundesregierung mit dem Grundgesetz vereinbar?

X. 5. Abgeordneter **Kaffka**

Was hat die Bundesregierung unternommen, um die im vergangenen Jahr angeregte gemeinsame Heilfürsorge für französische und deutsche Kriegsopfer zu fördern?

XI. Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

XI. 1. Abgeordneter **Dr. Kliesing (Honnef)**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Harmonisierung des Stellenkegels in der Bundeswehrverwaltung mit dem Durchschnitt der Bundesländer eine Anhebung von etwa 5600 Beamtenstellen bzw. mit den anderen Bundesbehörden eine Anhebung von etwa 1700 Beamtenstellen bedingen würde?

XI 2. Abgeordneter **Dr. Kliesing (Honnef)**

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die in Frage XI 1 genannte Harmonisierung zu verwirklichen?

XI. 3. Abgeordneter **Dr. Schneider (Saarbrücken) *)**

Wieviel Prozent (ungefähr) der Waffenlieferungen an Israel sind aus dem Besitz der Bundesrepublik (Bundeswehr) abgegeben worden?

XI. 4. Abgeordneter **Fritsch**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß durch die Auflösung des US-Standortes in Straubing 350 Bedienstete entlassen werden?

---

*) *Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

XI. 5. Abgeordneter **Fritsch**

Ist mit einer Übernahme der in Frage XI 4 erwähnten Bediensteten durch die Bundeswehr in Straubing zu rechnen?

XI. 6. Abgeordneter **Dröscher *)**

Hält die Bundesregierung es für richtig, daß zur Erweiterung der Übungsmöglichkeiten auf dem Truppenübungsplatz Baumholder nicht die vorhandenen und vor 2 Jahren erworbenen 100 ha eines Gutshofes benutzt werden, sondern eine Fläche in der Nähe eines Dorfes vorgesehen ist, deren Inanspruchnahme den sicheren Untergang einer Reihe lebensfähiger bäuerlicher Familienbetriebe bedeutet?

XI. 7. Abgeordneter **Haase (Kellinghusen)**

In welcher Weise hat der Bundesverteidigungsminister Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften der Bundeswehr über den Verlauf der Wehrdebatte am 20./21. Januar 1965 unterrichtet?

XI. 8. Abgeordneter **Haase (Kellinghusen)**

Ist die Unterrichtung der Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften der Bundeswehr über den Verlauf der Wehrdebatte am 20. 21. Januar 1965 in jedem Falle unparteiisch und objektiv erfolgt?

XI. 9. Abgeordneter **Haase (Kellinghusen)**

Ist auch in anderen als den in Frage XI 7 genannten Fällen die unparteiische und objektive Unterrichtung der Truppe gewährleistet?

XII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

XII. 1. Abgeordneter **Dr. Tamblé**

In welchen ausländischen Staaten sieht sich die Deutsche Lufthansa bei der Schaffung neuer oder beim Ausbau bestehender Flugverbindungen einer Benachteiligung wegen des Einspruchs nationaler Luftfahrtgesellschaften ausgesetzt?

XII. 2. Abgeordneter **Dr. Tamblé**

Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu treffen, um eine Diskriminierung, wie sie in Frage XII 1 bezeichnet ist, auszuschliessen?

XII. 3. Abgeordneter **Sänger**

Ist die Bundesregierung bereit, die seit vielen Jahren bereits trassierte Autobahn Hamburg—Berlin im Bereich der Bundesrepublik herzustellen und bis an die Zonengrenze zu führen?

XII. 4. Abgeordneter **Dr. Tamblé**

Sind Meldungen zutreffend, die besagen, daß die Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn sich mit der Absicht trägt, etwa zum Sommerfahrplan die Ausgabe von Sonntagsrückfahrkarten einzuschränken?

**) Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

XII.	5. Abgeordneter **Dürr**	Hält die Bundesregierung die Bestimmungen über die Erlaubnis zur Beförderung von Auswanderern für weiterhin erforderlich, obwohl sich die Verhältnisse auf Passagierschiffen seit der Zeit der Segelschiffe wesentlich gebessert haben?
XII.	6. Abgeordneter **Dröscher *)**	Wann wird die Bundesregierung die Mittel bereitstellen, um den vorgesehenen Ausbau der Bundesstraße 41 zwischen Weierbach und Idar-Oberstein so zügig vorwärtszutreiben, wie es die Kapazität der vorhandenen Baufirmen ermöglichen würde?
XII.	7. Abgeordneter **Wächter**	Was veranlaßt die Deutsche Bundesbahn — unter Berücksichtigung der Einwohnerzahl des Landkreises Wesermarsch, seiner Städte und ihrer wirtschaftlichen Bedeutung — bisher auf der Strecke Hude - Nordenham -Blexen keine Personenwagen mit Abteilen 1. Klasse einzusetzen?

XIII. Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

XIII.	1. Abgeordneter **Strohmayr**	Will der Bundespostminister auch in Zukunft den festen Gebührensatz von 90 DM bei neuen Fernsprechanschlüssen selbst für den Fall belassen, daß der Neuanschluß keinerlei Veränderungen erforderlich macht?
XIII.	2. Abgeordneter **Strohmayr**	Ist es gerechtfertigt, die 90 DM-Pauschale für einen neuen Fernsprechanschluß sowohl in Fällen zu verlangen, die z. B. einen Arbeitsaufwand von 4 bis 6 Stunden erfordern, als auch in Fällen, da der Fernmeldemonteur in einer Viertelstunde den neuen Apparat an die vorhandene Einrichtung anschließen kann?
XIII.	3. Abgeordneter **Strohmayr**	Wäre es nicht vertretbar, wenigstens gestaffelte Pauschalsätze für die Anlage eines Fernsprechanschlusses einzuführen?

XIV. Geschäftsbereich des Bundesministers für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte

XIV.	1. Abgeordnete **Frau Berger-Heise**	Wie viele Wohnlager und Notunterkünfte werden noch für die Unterbringung von Flüchtlingen, Vertriebenen, Spätaussiedlern und Zuwanderern aus der SBZ benutzt?

**) Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

XIV.	2.	Abgeordnete **Frau Berger-Heise**	Wie viele Personen leben noch in Lagern und Notunterkünften?
XIV.	3.	Abgeordnete **Frau Berger-Heise**	Wie lange leben die Personen der einzelnen in Frage XIV/2 genannten Gruppen bereits in Lagern und Notunterkünften?

Bonn, den 12. März 1965